

Regensburg: Wo es den Rechten zu radikal wird

CSU-Affäre Jetzt, da Wahlen näherrücken, wird die Partei tätig

VON ULI BACHMEIER

München/Regensburg Es gibt Fragen, die sind so heimtückisch und unangenehm, dass nur versierte Juristen mit der Antwort beauftragt werden können. Die Grünen-Abgeordnete Maria Scharfenberg wollte von der Staatsregierung wissen, was sie bisher unternommen hat, um zur Aufklärung der Rechtsextremismus-Vorwürfe gegen Mandatsträger und Funktionäre der Regensburger CSU beizutragen. Das ist nett formuliert, aber frech. Es bedeutet zugespitzt: Die Regierungspartei CSU sollte angesichts der Vorkommnisse in Regensburg langsam darüber nachdenken, Leute aus den eigenen Reihen auf Verfassungstreue beobachten zu lassen.

Die Antwort zeigt, dass die Juristen im Innenministerium die Brisanz sofort erkannt haben. Ihre fein geschliffene Formulierung lautet: „Das Verhalten einzelner Personen ist nicht Gegenstand des Beobachtungsauftrags des Verfassungsschutzes, solange es nicht Ausfluss oder Hinweis auf generelle verfassungsfeindliche Bestrebungen ist.

Derartige Erkenntnisse gibt es nicht. Unter diesen Umständen ist es beim derzeitigen Erkenntnisstand nicht Aufgabe der Staatsregierung, das Verhalten von Mitgliedern einer demokratischen Partei zu untersuchen.“

Innerhalb der CSU aber werden mittlerweile alle möglichen Hebel in Bewegung gesetzt, um sich gegen Extremismus-Vorwürfe zu wappnen. Nur wenige Tage nach der Grünen-Anfrage räumte Innenminister Günther Beckstein ein, dass es in Regensburg „ein Problem“ gibt, und erklärte: „Ich lasse nicht den leisesten Zweifel aufkommen, dass wir so etwas bei uns nicht dulden.“

CSU-Generalsekretär Markus Söder drängte darauf, „dass jetzt alles auf den Tisch kommt“. Und schließlich ist Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner als CSU-Betriebschef der Oberpfalz tätig geworden. Dass die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen eingestellt hat,

weil die möglichen Straftaten verjährt sind, irritiert ihn nicht. Er treibt die partei-internen Ermitt-

lungen voran und sagt: „Gesinnung verjährt nicht.“ Doch Spitzner hat ein „verschlepptes“ Problem: Einige Vorwürfe reichen zehn Jahre oder länger zurück. Sie betreffen eine Gruppe von CSU-Politikern um den stellvertretenden Kreisvorsitzenden Thomas Fürst, die offenbar starke Seilschaften gebildet haben und deren zwielichtige Aktivitäten lange Jahre geduldet wurden.

Obendrein geht es nicht nur um rassistisches Gedankengut, sondern auch um die Macht in der Regensburger CSU. Eine Schlammschlacht mit gegenseitigen Verdächtigungen und bitteren Vorwürfen ist im Gange. Sogar der Regensburger Bischof Müller hat sich eingemischt und dafür prompt Schelte von der CSU-Stadtratsfraktion bezogen.

Die SPD hofft jetzt, bei den Kommunalwahlen im Frühjahr den Sessel von CSU-Oberbürgermeister Hans Schaidinger zurückzuerobern. Für Franz Maget, den Chef der SPD-Landtagsfraktion, wäre es „ein Leckerbissen, neben München, Augsburg und Nürnberg auch Regensburg zu gewinnen“.